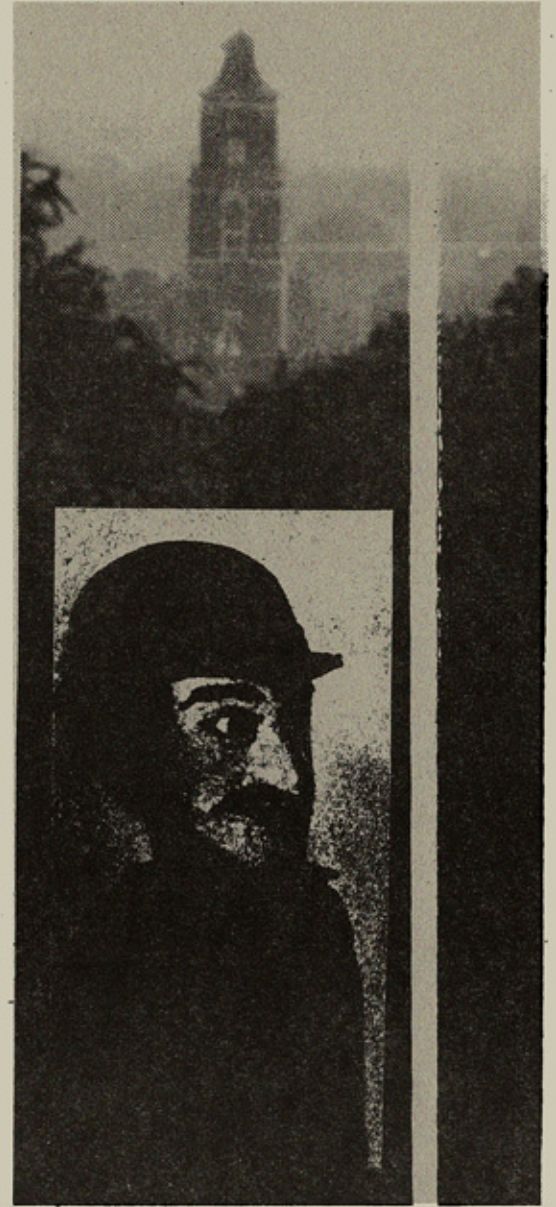




DAS PROGRAMM

für die Kommunalwahl am
1. Oktober 1989



Einleitung

Der Filz aus CDU, Kirche, Wirtschaft, Fürsten und Allgemeiner Zeitung regiert die Stadt seit eh und je: Die Berkel wird begradigt, wo fürstliche Interessen es nahelegen, die Kirchen mit ihrer frauenfeindlichen Haltung haben die Sozialpolitik von Kindergärten über Arbeitslosenbegegnungsstätte bis zur Drogenberatung fest im Griff, Gewerbefläche im Sonderangebot, Mengenrabatte bei Strom, Wasser, Müll und Abwasser versüßen der Industrie das Leben auf Kosten der Umwelt und die Allgemeine Zeitung weiß alles mit einer gediegenen Hofberichterstattung zu begleiten.

Mit 2000,-DM pro Kopf ist Coesfeld verschuldet wie keine andere Stadt im Kreis. Trotzdem kochen Sozialpolitik, Wohnungsbau, Umweltschutz, Öffentlicher Personen Nahverkehr und Kultur auf Sparflamme. Mangel an Kindergarten- und vor allem an Tagesstättenplätzen, an Wohnungen, an interessanten Kulturangeboten, überteuerte Fahrpreise in den Bussen sind die Folge. Wegen der städtischen Notüberläufe hat die Berkel eine deutlich schlechtere Wasserqualität als der Rhein und verschlechtert ihren Zustand auf Coesfelder Stadtgebiet hin zu einer "starken Verschmutzung" (Gewässergütebericht) mit "regelmäßigem Fischsterben".

Trotz Waldsterben werden immer neue Straßen gebaut. Obwohl die meisten privaten Brunnen vor lauter Nitrat schon jetzt kein genießbares Wasser mehr fördern, wird die Landwirtschaft weiter industrialisiert, und obwohl die Zeichen längst auf Abrüstung stehen, üben die Tiefflieger über unseren Köpfen den Überraschungsangriff.

Mit 1,84 m² pro Kopf hält Coesfeld einen einsamen Rekord an Verkaufsfläche im ganzen Bezirk der Industrie- und Handelskammer und liegt mehr als doppelt so hoch wie Münster. Trotz aller Warnungen plant die Stadt ein neues Nebenzentrum an der Dülmener Straße. Für die Innenstadt wird das verheerende Folgen haben: Mittelständische Betriebe werden von Konzernfilialen verdrängt, Spielhallen und Videoshops breiten sich aus, die Innenstadt verödet.

Dieser Wachstums- und Verödungspolitik von CDU, aber auch von SPD und (erst recht) UWG setzen wir unser Umbauprogramm mit dem Ziel einer Belegung öffentlicher Bereiche entgegen: Arbeit soll auch Sinn und Selbstverwirklichung beinhalten, Kultur dient nicht der Werbung als Wirtschaftsstandort, sondern ist Selbstzweck, die Innenstadt ist nicht nur Konsumstätte, sondern vor allem ein wichtiger Treffpunkt. Flüchtlinge und Aussiedler sehen wir nicht als Gefahr oder als "nützliche Facharbeiter", sondern als Bereicherung der kulturellen Vielfalt. Doch vor allem gilt es, der zunehmenden Vergiftung von Boden, Wasser und Luft Einhalt zu gebieten.

Demokratie

Wir gehen davon aus, daß sich wesentliche Veränderungen in Coesfeld vor allem von unten, aus der Arbeit der Bürgerinitiativen, der Vereine, und

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------|------|
| Einleitung | S. 2 |
| Demokratie | S. 2 |
| Frauen | S. 3 |
| Ökologie | S. 4 |
| Verkehr | S. 6 |
| Energie | S. 7 |
| Wirtschaft | S. 8 |
| Wohnen | S.10 |
| Soziales | S.10 |
| Kinder- und Jugendpolitik | S.12 |
| Schule | S.13 |
| AusländerInnenpolitik | S.13 |
| Kultur | S.14 |
| Freizeit, Sport | S.15 |
| Frieden | S.16 |

der Gewerkschaften her entwickeln werden. Deshalb unterstützen wir diese Gruppen. Unsere eigene Arbeit stellen wir auf ein parlamentarisches und ein außerparlamentarisches Bein.

Von der Stadt erwarten wir die Zuarbeit und die Förderung der Coesfelder Initiativen durch Informationen und durch finanzielle Unterstützung. Die Stellung des Personalrats wollen wir stärken und die Hierarchie innerhalb der Verwaltung zugunsten von Teamarbeit abbauen helfen.

In den Bürgerversammlungen sollen statt des üblichen Durchpaukens der "Verwaltungsmeinung" verschiedene Alternativen beschrieben und zur Diskussion gestellt werden.

Bürgern soll ein Einsichtsrecht in die eigene Akten zugebilligt werden.

Das in der Gestaltungssatzung enthaltene Plakatierverbot in der Innenstadt wollen wir aufheben.

Umweltdaten, die der Stadtverwaltung vorliegen, sollen veröffentlicht werden.

Frauen

Unsere Reserveliste ist paritätisch besetzt, d.h. die Hälfte aller Plätze ist für Frauen vorgesehen. Entsprechend ist auch in allen anderen Gremien der Partei auf Kreis-, Landes- und Bundesebene die Quotierung durchgesetzt worden. Nur so kann eine wirkliche Berücksichtigung von Fraueninteressen gewährleistet werden. Damit die Frauenbelange auch in Coesfelds Verwaltung im Sinne der Frauen umgesetzt werden, fordern wir eine Quotierung aller Arbeitsplätze:

Bei gleicher Qualifikation sind solange bevorzugt Frauen einzustellen, bis sie die Hälfte aller Arbeitsplätze auf allen Gehaltstufen der Verwaltungshierarchie einnehmen.

Zur Überwachung und Durchsetzung dieses Ziels wollen wir (auf Kreisebene) eine Gleichstellungsstelle einrichten, die als eigenständige Instanz nicht der Loyalitätspflicht gegenüber der Verwaltungsspitze unterliegt. So kann eine Gleichstellungsbeauftragte ohne Angst vor Repressionen ihre Aufgaben im Sinne der Frauen erfüllen. Die Gleichstellungsstelle muß zudem mit einem ausreichenden Etat ausgestattet sein, der u.a. für Informationsmaterial und Aufklärungsarbeit eingesetzt werden kann.

Ein von uns angestrebtes Ziel ist die gleichberechtigte Beteiligung von Männern an der Haus- und Familienarbeit und umgekehrt die Beteiligung an der Erwerbsarbeit für Frauen, die dies wollen. Deshalb bevorzugen wir eine generelle Arbeitszeitverkürzung gegenüber der üblichen Ausweitung von Teilzeitarbeit, die nachweislich fast nur Frauen betrifft. Auf kommunaler Ebene muß der öffentliche Dienst auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle einnehmen.

| Stadtverwaltung Coesfeld | | | | |
|-----------------------------|---|---|---|---|
| DezernentInnen | | | | |
| ♂ | ♂ | ♂ | ♂ | ♂ |
| AmtsleiterInnen | | | | |
| ♂ | ♂ | ♂ | ♂ | ♂ |
| ♂ | ♂ | ♂ | ♂ | ♂ |
| ♂ | ♂ | ♂ | ♀ | ♀ |
| Schreibdienst | | | | |
| ♀ | ♀ | ♀ | ♀ | ♀ |
| ♀ | ♀ | ♀ | ♀ | ♀ |
| ♀ | ♀ | ♀ | ♀ | ♀ |
| ♀ | ♀ | ♀ | ♀ | ♀ |
| | | | ♀ | ♀ |
| (Oktober 1988) | | | | |

Methoden, Frauen in ungesicherte Arbeitsverhältnisse abzudrängen wie durch Privatisierung der städtischen Reinigungsdienste vorexerziert, lehnen wir aufs Schärfste ab und fordern die sofortige Rekommunalisierung der Reinigungsdienste.

Frauen sind abends und nachts in der Öffentlichkeit verstärkt der sexuellen Gewalt ausgesetzt. Vor allem Frauen aus dem Umland können aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen oft nicht an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Frauennachtaxis zum Nahverkehrstarif.

Die Familie ist der Ort, an dem gesellschaftliche Frauenunterdrückung insbesondere auch (sexuelle) Gewalt gegen Frauen und Mädchen am stärksten zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig wird sie auch am stärksten tabuisiert. Wir fordern deshalb für Coesfeld eine bedarfsgerechte Finanzierung des Vereins Zartbitter, der sich mit der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen beschäftigt. Ein Ziel dieser finanziellen Unterstützung muß u.a. die Bereitstellung von Räumlichkeiten sein, die als vorübergehende Zufluchtstätte für bedrohte Frauen und Mädchen dienen können.

Ökologie

Die Einengung der natürlichen Lebensräume und die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten zerstören das Gleichgewicht in der Natur und damit unsere Lebensgrundlage. Eine biologisch intakte Umwelt muß erhalten oder wiederhergestellt werden, wenn ein menschenwürdiges Überleben künftiger Generationen gesichert werden soll.

Ein allseitiges Umdenken ist notwendig. Die Zerstörung des natürlichen Gleichgewichts durch hemmungslose industrielle Wachstumspolitik muß gestoppt werden. Wir werden nicht hinnehmen, daß Boden, Wasser und Luft so verantwortungslos betrachtet werden wie ein Wegwerfprodukt.

Boden

Durch Förderung der bäuerlichen und besonders der ökologischen Landwirtschaft wollen wir den Gifteintrag in den Boden senken helfen. Immerhin bieten die meisten Brunnen im Außenbereich schon jetzt kein Trinkwasser mehr.

Die Oberflächenversiegelung soll in neuen Baugebieten durch Bauvorschriften und ansonsten durch sparsamen Flächenverbrauch reduziert werden.

Städtische Grünanlagen und die Friedhöfe wollen wir (z.B. durch Wildblumenwiesen bzw. Hecken) in ihrer ökologischen Qualität verbessern.

In der Innenstadt wollen wir eine Begrünung der Flachdächer besonders fördern. Eine Baumschutzsatzung soll erlassen werden und in neuen Baugebieten soll ein Grünordnungsplan aufgestellt werden, wie er in anderen Bundesländern verbindlich vorgeschrieben ist. Alle neuen Bauvorhaben sollen einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.



Kastanie Pfauengasse:
Wegen Garagenzufahrt
gefällt.

**Für eine
Baumschutzsatzung !**

Wasser

Auf dem Stadtgebiet von Coesfeld verschlechtert sich die Wasserqualität der Berkel hin zu einer "starken Verschmutzung", der "nur noch wenige Makroorganismen" widerstehen, und wo mit "periodischem Fischsterben" zu rechnen ist. Kein Wunder; denn bei starkem Regen fließt der Inhalt des Abwasserkanals über einen "Notüberlauf" am Klärwerk vorbei direkt in die Berkel. Der Notüberlauf war aufgrund einer Fehlplanung der Verwaltung bei der Kanalisation nötig geworden.

Die industriellen Verursacher der Gewässerverschmutzung müssen in einem Abwasserkataster erfaßt und ständig kontrolliert werden. Gewerbebetriebe sollen Produktionsverfahren und Produkte so wählen, daß z.B. durch geschlossene Abwasserkreisläufe in Industriegebieten nur minimale, ökologisch verträgliche Abwässer entstehen. Nicht zuletzt dafür muß endlich ein kompetentes und schlagkräftiges Umweltdezernat bei der Verwaltung eingerichtet werden.

Durch Ursachenbekämpfung streben wir an, auch den Klärschlamm wieder qualitativ zu verbessern und ihn landwirtschaftlich verwertbar zu machen. Die kostenintensive Klärschlammverbrennung wollen wir unbedingt vermeiden. Die Abwassergebühren sollen dem Verursacherprinzip entsprechend gestaltet werden.

Das städtische Kanalnetz soll überprüft und an schadhaften Stellen zügig ausgebessert werden.

Der Trinkwasserverschwendung muß Einhalt geboten werden. Die Sondertarife für Großabnehmer sollen abgebaut werden. Die Verwendung von Regenwasser als Brauchwasser soll besonders gefördert werden.

Um die Hausbrunnen wieder brauchbar zu machen, sollen vermehrt Wasserschutzgebiete ausgewiesen werden.

Luft

Zur Luftreinhaltung wollen wir vor allem durch eine Verkehrspolitik beitragen, die vom Auto wegführt. Gemeinsam mit anderen Städten, die im Bereich von Hauptfluglinien liegen, soll sich die Stadt gegen die zunehmende Luftverschmutzung durch Flugzeuge zur Wehr setzen.

Wir drängen darauf, daß chemische Reinigungen nicht unter einem Dach mit Lebensmittelverkauf zugelassen werden.

Abfallwirtschaft

Der Abfall ist die Kehrseite unserer Konsumwirtschaft. Diese zielt auf eine Steigerung des Verbrauchs bei rascher Produktionszunahme und ist gekennzeichnet durch die Verwendung kurzlebiger Wirtschaftsgüter, aufwendige Verpackung und Einwegzeugnisse. Dies alles führt zu zunehmenden Abfallmengen.

Für organische Abfälle soll jeder Haushalt mit einer Biotonne ausgestattet werden. Diese organischen Abfälle werden dezentral kompostiert. (Übrigens entfällt damit auch ein ganz erheblicher Teil des Müllverkehrs z.B. durch Lette.)

Den Mengenrabatt beim Müll wollen wir abschaffen. Die kleine 120 Liter Tonne soll halb so teuer sein wie die große 240 Liter Tonne.

Für Altpapier sollen in Abstimmung mit den karitativen Verbänden zusätzliche Papier- und Altglascontainer aufgestellt werden.

In der Friedhofsordnung soll festgelegt werden, daß alle auf dem Friedhof anfallenden Pflanzenabfälle einer friedhofseigenen Kompostanlage zugeführt werden. Nur verrottbare Kränze und Gestecke sollen verwendet werden und der Kompost soll die Benutzung von Torf ersetzen, für den ganze ökologisch wertvolle Landstriche geopfert werden.

Im Kreis Coesfeld wollen wir keine Müllverbrennungsanlage, die (weil sie nur bei viel Müll rentierlich läuft) eine ökologische Abfallwirtschaft verhindert und neue toxische Stoffe produziert. Stattdessen soll die Müllvermeidung und -verwertung deutlich intensiviert werden.

Wir fordern eine Untersuchung des Sickerwassers auch auf toxische Stoffe wie Dioxin und PCB und wollen eine Vorklärung solcher Einleitungen nach dem Stand der Technik.

Verkehr

Neue Straßen ziehen mehr Verkehr an, sie schwächen den ÖPNV, sie bilden Schneisen durch die Natur und belasten Natur und Mensch durch Lärm, Abgase und Unfallgefahren.

Der südlichen Verlängerung des Konrad-Adenauer-Rings und der Fortführung des Inneren Rings bis zur Holtwicker Straße werden wir nicht zustimmen. Auch die - noch am ehesten sinnvolle - Ortsumgehung Lette wird mit uns in der nächsten Wahlperiode nicht zu machen sein. Nach all den Straßen- und Parkplatzbauten der letzten Jahre haben nun andere Dinge Vorrang.

Unsere Stadtentwicklungsplanung wird dazu beitragen, daß ein Teil des jetzigen Individualverkehrs vermieden wird. Durch Dezentralisierungen wie etwa bei der Kompostierung der organischen Abfälle in den Orten wollen wir einen Teil des Verkehrs vermeiden helfen. Die Güterabfertigung am Bahnhof und die Bahnstrecken nach Dorsten und Gronau sollen ausgebaut zumindest aber erhalten werden.

Durch ein Verkehrsgutachten sollen die Möglichkeiten herausgearbeitet werden, wie der Individualverkehr durch andere Angebote wie Bus- und Bahnlinien, Mitfahrvermittlung, Anruf-Sammeltaxen, Park & Ride - Angebote usw. ersetzt werden kann.

In den Verkehrsverbund Münsterland soll auch die Bundesbahn einbezogen werden. Den Nachbargemeinden wollen wir ein Konzept vorschlagen, nach dem durch deutlich erhöhte Investitionen die einzelnen Strecken so an Attraktivität gewinnen, daß sie sich fortan selbst finanzieren. Wir streben an, die Fahrpreise wie in Bremen oder Freiburg zu halbieren, den Fahrhythmus und den Fahrkomfort zu erhöhen. Bei den Bahnstrecken



soll durch Sanierung der Gleise, bei den Bussen durch Vorrangschaltung bei bestimmten Ampeln und durch Busspuren die Fahrgeschwindigkeit verbessert werden. Am Schulzentrum wollen wir eine Bahnhaltestelle einrichten, die außer den Schülern auch den Beschäftigten der verschiedenen Ämter zugute kommen wird.

Auch durch praktische Hilfen wie die Verteilung von Fahrplankarten im Taschenformat soll die Attraktivität des ÖPNV gesteigert werden.

Für das gesamte Stadtgebiet vorerst noch mit Ausnahme des "äußeren Rings" streben wir Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit an. Es soll in allen Wohngebieten, in der Innenstadt und allen Durchgangsstraßen (auch in Lette) eingeführt werden. Für die Straßen, die noch nicht zurückgebaut sind, wollen wir Zug um Zug (auch provisorische) bauliche Veränderungen wie die Einrichtung oder Verbreiterung von Fuß- und Radwegen verwirklichen, die ihrerseits geschwindigkeitshemmend wirken.

Wir befürworten einen Rückbau der Ortsdurchfahrt Lette.

An einigen Stellen (z.B. Süringstraße) wollen wir "Öko-Ampeln", die bei einer langen Rotphase zum Motor-Abschalten auffordern, installieren.

Insbesondere Frauen, die nicht nachts alleine unterwegs sein wollen, und Veranstaltungsbesuchern, die kein eigenes Auto haben, soll die von uns vorgeschlagene Einrichtung von Anruf-Sammeltaxen zugute kommen, die das Bus- und Bahnsystem in Schwachlastzeiten ergänzen und zum Bustarif benutzt werden können.

In der Innenstadt streben wir vorrangig die Anbindung der Fußgängerzone an den Bahnhof an. Die Gartenstraße soll entsprechend attraktiv gestaltet und verkehrsberuhigt werden.

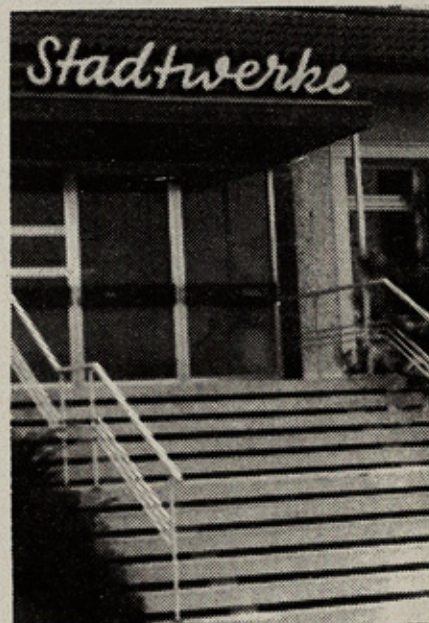
Für die neue Kreuzung der L555 mit Waldstraße und Osterwicker Straße fordern wir eine Ampelanlage.

Energiepolitik

Die Stadtwerke wollen wir von einem gewinnorientierten Versorgungsunternehmen hin zu einem Dienstleistungsunternehmen mit ökologischer Aufgabenstellung entwickeln. Anstelle der Mengenrabatte für Großabnehmer soll ein Beratungs- und Subventionsprogramm zur Energieeinsparung entwickelt werden.

Die Einflußmöglichkeiten der Stadt wollen wir für den endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie, insbesondere aus der Urananreicherungsanlage in Gronau und dem Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus nutzen. Atomtransporte durch Coesfeld sollen administrativ behindert werden.

Im Behörden- und Schulzentrum (und Hallenbad) wollen wir durch ein unabhängiges Institut die Rentabilität eines Blockheizkraftwerks auch



**Keine
Mengenrabatte
bei
Strom, Gas,
Wasser,
Abwasser
und Müll !**

auf der Grundlage steigender Kosten für Primärenergie berechnen lassen. Einrichtungen, die erneuerbare Energien (Sonne, Wind) nutzen, sollen besonders gefördert werden.

Die energiepolitischen Diskussionen sollen öffentlich geführt werden.

Wirtschafts- und Finanzpolitik, Beschäftigungsförderung

In keiner anderen Stadt im Kreis Coesfeld ist die Verschuldung so hoch wie in Coesfeld. Hier steht die Stadt für jeden Bürger mit fast 2000 DM in der Kreide. Auch das ist eine Folge der immer neuen Straßen-, Tiefgaragen- und Parkplatzbauten. Von einer derart hohen Verschuldung ausgehend, wird in Coesfeld niemand teure Veränderungen finanzieren können, wenn ihnen nicht Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen. Es ist beispielsweise unseriös, wenn zusätzlich zu all den geplanten Straßen- und Parkplatzbauten eine Belebung des ÖPNV versprochen wird. Realistisch ist nur, anstelle (!) der Straßenbauten etwas für Bus und Bahn zu tun. Hier gilt es, eine deutliche Entscheidung zu treffen. In den letzten 5 Jahren haben wir unsere Änderungsanträge zum Haushalt jeweils in einem ausgeglichenen Alternativhaushalt zusammengefaßt und damit konkret nachgewiesen, wie unsere Alternativen durch die Umverteilung von Haushaltsmitteln verwirklicht werden können. Ein Nachweis, den andere Parteien schuldig bleiben.

Bei der Förderung der Wirtschaft orientieren wir uns neben der Wirtschaftlichkeit daran, inwieweit der jeweilige Betrieb ökologisch, sozial, demokratisch und gewaltfrei arbeitet: Ist das Produkt überhaupt sinnvoll, ist es umweltverträglich, entstehen bei der Verarbeitung besondere Gifte? Wie sind die Arbeitsbedingungen, sind die Arbeitnehmer sozialversichert, werden Frauen benachteiligt, ist es ein Ausbildungsbetrieb, werden Behinderte beschäftigt? Gibt es einen Betriebsrat, werden Tarifverträge eingehalten? Pflügt der Betrieb Kontakte mit Ländern wie Südafrika, beliefert er die Militärs? usw. Besondere Förderung werden nach diesen Kriterien selbstverwaltete Alternativbetriebe erhalten. Wir stellen uns vor, im Laufe der Zeit ein Förderprogramm für solche Betriebe zu schaffen. Betriebe, die gewisse Standards nicht erfüllen, werden von der Stadt boykottiert.

Im Sinne der genannten Kriterien soll auch die Politik der Sparkasse bei der Vergabe von Krediten umgestellt werden. Nach dem Vorbild der Ökobank sollen besondere Sparbriefe eingeführt werden, etwa für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe, die auf ökologischen Landbau und Direktvermarktung umstellen. Staatsanleihen der Republik Südafrika und Krügerrand-Gold sollen aus dem Angebot der Sparkasse genommen werden.

Leider wird die Beschäftigungsförderung allzu oft mit der Wirtschaftsförderung gleichgesetzt. Dabei zeigt sich immer mehr, daß auch im "Aufschwung" kaum neue Arbeitsplätze entstehen. Wir wollen aber nicht die Unternehmergewinne fördern, sondern sinnvolle, ökologisch und



**Sparbriefe nach dem
Vorbild der Ökobank !**

sozial verträgliche Arbeitsplätze schaffen.

Dazu gehören vor allem Investitionen im Umweltschutz, sei es durch eine Sanierung des Kanalsystems, durch den Ausbau der Kläranlage, durch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung hin zu Tempo 30, dadurch daß Arbeitsplätze bei Bus und Bahn geschaffen oder zumindest erhalten bleiben usw.

Supermärkte wie allkauf, die das autogerechte Einkaufen anbieten und mit wenigen, unbefriedigenden Arbeitsplätzen dazu beitragen, die in den Wohngebieten gewachsenen Läden mit vielen, besseren Arbeitsplätzen zu verdrängen, würden bei uns keine Baugenehmigung und keine Gewerbefläche erhalten. Um der immer schnelleren Filialisierung in der Innenstadt und der Ausbreitung von Spielhallen Herr zu werden, soll der Wildwuchs an Verkaufsfläche vor allem an der Dülmener Straße strikt gestoppt werden.

Stattdessen wünschen wir uns eine Werbekampagne für das Coesfelder Marktweesen. Hier wird ohne überflüssige Verpackung verkauft, hier profitieren die kleinen Händler und hier vermarkten die Hersteller wenigstens teilweise selber.

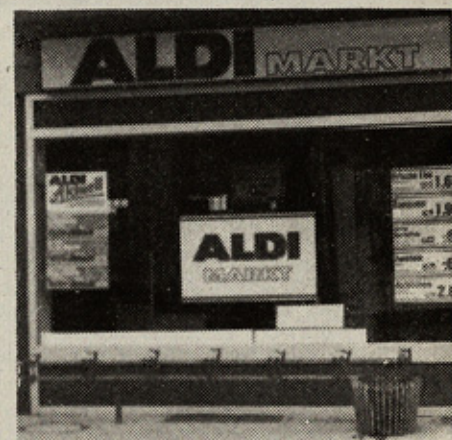
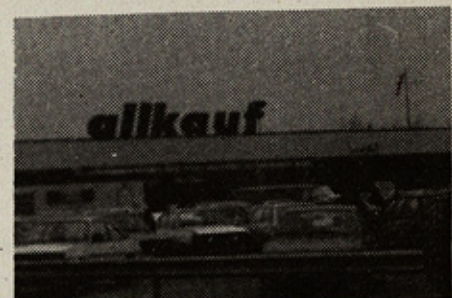
Bei neuen Baugebieten, wie an der Marienburg, setzen wir uns dafür ein, daß dort wohnortnahe Lebensmittelgeschäfte eingeplant werden, damit manche Einkaufswege (die gerade für ältere Menschen besonders schwierig sind) überflüssig werden.

Es schadet, wenn die einzelnen Orte im Münsterland aus einem sehr fragwürdigen Konkurrenzdenken heraus, Gewerbeflächen zum Schleuderpreis anbieten und sich von ansiedlungswilligen Betrieben Bedingungen aufzwingen lassen, die eigentlich nicht akzeptabel sind. Es ist auch unsinnig, wenn Betriebe oder Kaufkraft aus Orten abgeworben werden, die noch strukturschwächer sind als der eigene. Deshalb streben wir eine übergreifende Zusammenarbeit der Städte in der Region mit dem Ziel an, die Standortkonkurrenz durch Absprachen aufzuheben.

Bei der Auftragsvergabe sollen Boykottaufrufe der Verbraucherinitiativen wie "Kauft keine Produkte aus Südafrika" oder der Tropenholzboykott beachtet werden.

Die Mengenrabatte bei Strom, Wasser, Abwasser und Müll für industrielle Großabnehmer sind ökologisch besonders unsinnig. Während sich die Bürger bemühen, möglichst sparsam mit Energie und Rohstoffen umzugehen, wird hier belohnt, wer sich umweltfeindlich verhält. Diese Form der Subventionierung werden wir abschaffen und durch gezielte Programme zur Beschäftigungsförderung ersetzen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen halten wir nur für unbedenklich, wenn es um Arbeiten geht, die sinnvoll und von der Art her ohnehin zeitlich befristet sind. Von solchen Fällen abgesehen wollen wir lieber helfen, durch Zuschüsse oder durch Arbeitszeitverkürzungen "richtige" Arbeitsplätze zu schaffen.



Kein Nebenzentrum
an der Dülmener
Straße! Stopp der
Ausbreitung von
Konzernfilialen und
Spielhallen in der
Innenstadt!

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben geht nur zu Lasten der Arbeitnehmer und wird von uns nicht unterstützt. Insbesondere bei den Reinigungsdiensten planen wir, sie wieder von städtischen Bediensteten durchführen zu lassen.

Wohnen

Wohnraum ist knapp in Coesfeld. Trotzdem wurde in den letzten Jahren eine Menge Wohnraum zerstört. In der Bachstraße mußte eine ganze Reihe von kleinen, billigen Wohnhäusern einem Parkplatz weichen, neben Allkauf wurden gerade erst einige Wohnhäuser abgerissen und als nächstes sollen das Fachwerkhaus Bücking am Wasserturm, die alten Häuser in der Laurentiusstraße und ein altes Haus am Nonnenpark dran glauben. Einmal abgesehen vom Wert dieser Häuser als "Denkmal" geht es uns darum, die Vielfalt gewachsener Wohnstrukturen zu erhalten und sie gegen die Wachstums- und Autofanatiker zu verteidigen.

In neuen Wohngebieten wie an der Marienburg setzen wir uns für folgende Vorgaben ein, die den Wohnwert erhöhen, Kosten sparen und die Umwelt schützen sollen: konsequente Südausrichtung, Reihen- und Schachtelbauweise, Regenwassernutzung, Einplanung von Lebensmittelgeschäften und gemeinsam nutzbaren Flächen zum Spielen und als Treffpunkt. Der Versiegelungsgrad der Grundstücke soll begrenzt und ein Grünordnungsplan aufgestellt werden.

Der Bedarf an billigen Wohnungen ist in Coesfeld so groß, daß die Stadt auch als Bauherr gefragt ist. In verschiedenen kleineren Projekten soll insbesondere denen etwas angeboten werden, die die größten Probleme bei der Wohnungssuche haben: Alleinerziehende, Wohngemeinschaften, Altenwohngemeinschaften, Flüchtlinge, Aussiedler. Dabei sollen auch einige Notunterkünfte für Mädchen und Frauen eingeplant werden.

Die einheitlichen Vorgaben für jeweils ein ganzes Wohngebiet führen in der Regel dazu, daß jeweils nur bestimmte Bevölkerungsschichten zusammen wohnen. Einer Gettoisierung wollen wir in jedem Fall entgegenwirken, sei es bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder sei es bei der Unterbringung von Ärzten (Deipe Stegge).

Wir setzen uns dafür ein, daß Wohnberechtigungsscheine zusammengelegt werden können, damit mehrere Einzelpersonen sich zu einer Wohngemeinschaft zusammenschließen können.

Damit Wohnungssuchende von den horrenden Maklergebühren entlastet werden, soll eine kostenlose Wohnungsvermittlung im Rathaus geschaffen werden.

Soziales

Die soziale Situation ist gekennzeichnet durch zunehmende Verarmung immer größer werdender Bevölkerungsgruppen, durch Ausgrenzung von Psychiatrie-



Bachstraße: Für Parkplatz wird dringend benötigter Wohnraum zerstört.

betroffenen und -gefährdeten, alten und behinderten Menschen. Grüne Sozialpolitik orientiert sich daran, daß die Menschen gleichberechtigt und solidarisch miteinander leben wollen, ohne jemanden auszugrenzen.

Grundlegende Forderungen der Grünen auf Bundesebene sind u.a. ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen zur Existenzsicherung, eine Mindestrente für Männer und Frauen, die die gesetzliche Altersgrenze erreicht haben und ein Pflegegeld zur Übernahme der Pflegekosten. Von Seiten des Sozialamtes sollen daher Ermessensspielräume grundsätzlich im Interesse der Antragsteller entschieden werden.

Im Rahmen des kommunalen Handlungsspielraums wollen wir uns für den Ausbau mobiler Pflegedienste und für betreutes Wohnen einsetzen und die Einrichtung von Altenwohngemeinschaften (sh. Abschnitt "Wohnen") unterstützen. Bei allen Maßnahmen sollte die Selbstbestimmung der Betroffenen im Mittelpunkt stehen und nicht die Interessen der Wohlfahrtsverbände. In diesem Sinne wollen wir die Einflußmöglichkeiten der Stadt für eine Demokratisierung in den Alten- und Pflegeheimen nutzen.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die eine Teilnahme der Behinderten am Leben in der Gemeinschaft fördern. Schwerpunkte hierbei sind:

- behindertengerechte Gestaltung des ÖPNV
- behindertengerechte Gestaltung der öffentlichen Wege, z.B. durch Absenkung der Bürgersteige
- Unterstützung Behinderter bei der Suche nach autonomen Wohn- und Lebensformen
- Abbau der bestehenden Sondereinrichtungen für Behinderte. Kindergärten und -tagesstätten müssen integrativ geführt werden. In den Schulen wünschen wir uns Integrationsklassen wie in Nottuln.
- Die Eltern des Montessori-Kinderhauses wollen wir in diesem Sinne nach Kräften unterstützen.

Zuschüsse an die Caritas wollen wir davon abhängig machen, daß dort Scheidung oder unverheiratetes Zusammenleben nicht mehr als Kündigungs- und Nichteinstellungsgrund angesehen wird.

In der Arbeitslosenbegegnungsstätte soll ein höheres Maß an Selbstverwaltung eingeführt werden. Insbesondere soll den Besuchern das Entscheidungsrecht über einen angemessenen Etat zugewilligt werden. Neben der Beratung und Betreuung sollen von hier auch konkrete Arbeitslosenprojekte initiiert werden.

In einem Gesundheitsausschuß, in dem auch Vertreter der am Gesundheitswesen Beteiligten vertreten sind, sollen die anstehenden Probleme öffentlich beraten und insbesondere die prophylaktische Arbeit organisiert werden.

Es ist ein Unding, daß das Psychologische Therapiezentrum auf der Basis der zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen arbeiten muß, wo gerade in der Therapie Kontinuität vonnöten ist.

Durch die Einrichtung einer unabhängigen Drogenberatungsstelle muß die suchtprophylaktische Arbeit in Coesfeld dringend verbessert und intensiviert werden.

Kinder- und Jugendpolitik

Wenn sich die Kinder frei bewegen können, ist es auch für die Erwachsenen angenehmer. Wenn die Autos langsamer fahren, ist das für Kinder eine Chance, bestimmte Wege überhaupt ohne Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Wenn die Berkel entgradigt und sauber ist, können Kinder dort wieder einen interessanten Spielraum finden. Und die bäuerliche Landwirtschaft ist als Lebensraum für Kinder allemal interessanter als industrialisierte Nahrungsmittelproduktion.

Es gibt kaum noch Kinder, die wegen der Luftverschmutzung (z.B. durch Autos) nicht an Krupp-Husten erkranken. Tieffluglärm ist für Kinder besonders schlimm. Und wenn es die herrschenden Parteien noch nicht einmal schaffen, die ozonkillenden FCKWs zu verbieten, geht es für Kinder auch darum, überhaupt eine Zukunftsperspektive entwickeln zu können.

Die Spielsituation der Kinder in der Innenstadt ist besonders schlecht, weil dort wenig Gärten zur Verfügung stehen. Seit 5 Jahren machen wir uns deshalb für einen Spielplatz in der Innenstadt stark, mit dem Erfolg, daß vor der Jakobikirche auf 4 Quadratmetern gerade mal eine Rutsche und ein Sandkasten installiert wurden.

Beim Spielplatz am Lübbesmeyerweg sollte erprobt werden, ob dort Bedarf für einen betreuten Abenteuerspielplatz ist.

Bei den Zuschüssen für Kindergärten schlagen wir eine andere Verteilung vor: Freie Träger, die sich nicht über die Kirchensteuer finanzieren, sollen deutlich besser bezuschußt werden.

Abgesehen von den Vorteilen für die Kinder sind Kindertagesstätten für viele Frauen die Voraussetzung, arbeiten gehen zu können und für Alleinerziehende oft die einzige Möglichkeit, von der Sozialhilfe unabhängig zu werden. Deshalb sollten Kindertagesstätten bei Neueinrichtung und Betrieb besser gefördert werden. Um die Ausgrenzung Behinderter zügig abzubauen, sollten die integrativen Einrichtungen höhere Zuschüsse bekommen.

Bei der Neuplanung des evangelischen Kindergartens setzen wir uns dafür ein, daß dieser als integrative Kindertagesstätte eingerichtet wird.

Der Kindergartenbedarfsplan soll so geändert werden, daß für jedes Kind im Alter von 3 bis 6 Jahren ein Platz bereitgestellt wird; denn im Moment dürfen in Coesfeld erst die 4jährigen auf einen Platz im Kindergarten hoffen.

Bei der notwendigen Erweiterung des Jugendzentrums soll bedarfsgerecht vorgegangen werden, wobei die Jugendlichen in allen wesentlichen Fragen beteiligt sein sollen. Den Besuchern des Jugendzentrums soll die Übernahme

des "Stellwerks" in Selbstverwaltung angeboten werden.

Bei der Beschaffung von Übungsräumen für Musikgruppen soll die Stadtverwaltung finanziell und organisatorisch behilflich sein.

Schulpolitik

Es ist unser Ziel, daß sich das schulische Leben zunehmend an den Lebens- und Lernbedürfnissen der Schüler orientiert und daß die Leistungsauslese überwunden wird. Deshalb unterstützen wir die Initiative des Montessori-Arbeitskreises für eine integrative Montessori-Grundschule. Wir betrachten diese Schule als Modellprojekt, von dem wir uns Ausstrahlung auch auf die herkömmlichen Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen versprechen.

Wir unterstützen auch die Einrichtung einer Gesamtschule. Sie ist geeignet, die Leistungsauslese nach der Grundschulzeit zu überwinden und bietet bessere Voraussetzungen für ein interessegeleitetes Lernen als die herkömmlichen Schulen. Da es in Coesfeld ohnehin ein Schulzentrum gibt, kommen die sonst gültigen Nachteile der Wohnortferne oder der Unübersichtlichkeit hier nicht zur Geltung.

Durch die Förderung von Integrationsklassen in allen Schulen wollen wir helfen, die Aussonderung behinderter Kinder zu überwinden.

Ausgehend von einer fast völlig fehlenden Übermittagsbetreuung in Coesfeld wollen wir Angebote einer Tagesbetreuung der Kinder bis 12 Jahre entwickeln. Abgesehen von den Vorteilen für die Kinder soll den Eltern ermöglicht werden, arbeiten oder eigenen Interessen nachgehen zu können.

Damit die Schulen ein eigenes pädagogisches Konzept entwickeln können, wollen wir bei der Einstellung von Lehrern - soweit die Stadt ein Mitspracherecht hat - das Votum der Schulkonferenz stärker als bisher gewichten.

Von den Schulgebäuden darf keine Gesundheitsgefährdung ausgehen. Asbesthaltige Stoffe sollen nach und nach auch im Außenbereich entfernt werden. PCB-haltige Kondensatoren sollen aus den Leuchtstofflampen entfernt werden. Bei Neu- und Umbauten wollen wir baubiologische Grundsätze stärker beachtet wissen, Fassaden und Dächer sollen mehr als bisher begrünt werden.

Einem Projekt der Stadt Düren entsprechend wollen wir Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für Mädchen als Bestandteil des Sportunterrichts durchführen und die Stadtwerke sollen in den Schulen für den Gebrauch von Umweltschutzpapier werben.

AusländerInnenpolitik

Die Grünen setzen sich für das Wahlrecht für die hier lebenden AusländerInnen ein. Wir streben ein gleichberechtigtes Nebeneinander

verschiedener Kulturen an. Flüchtlingen soll ein Bleiberecht zugebilligt werden.

Durch gezielte Kulturangebote und Sprachkurse wollen wir dazu beitragen, daß die einzelnen AusländerInnengruppen ihre eigene kulturelle Identität erhalten können. Aber auch die Kurse der Volkshochschule "Deutsch für Ausländer" sollten erweitert werden.

Wir streben eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Aussiedlern an und halten für nötig, daß die Stadt selbst als Bauherr tätig wird, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.

Kulturpolitik

Die Grünen sind die einzige Fraktion, die immer wieder auch inhaltliche Vorschläge zur Kulturarbeit eingebracht hat. Das Ausstellungswesen wollten wir z.B. durch themengebundene Ausstellungen ergänzt wissen, die geplante Aufführung des Bremer MOKS-Theaters geht auf unsern Vorschlag zurück und demnächst würden wir gerne die Ausstellung der Friedensinitiative Nottuln zum Thema "Deserteure" nach Coesfeld holen. In der Auswahl von Ausstellungen, Theaterstücken und Musik bevorzugen wir, was den kommerziellen Veranstaltungen etwas entgegengesetzt. Die Popularität eines Stückes ist uns als Auswahlkriterium zu wenig.

Theater muß auch vor kleinerem Publikum angemessen spielen können. Deshalb setzen wir uns für ein Bürgerhaus mit entsprechenden Aufführungsmöglichkeiten ein. Haus Pöppelmann oder das ehemalige Heimatmuseum an der Letter Straße hätten hierfür gute Möglichkeiten geboten. In beiden Fällen ist unser Vorschlag abgelehnt worden.

Wir wollen aber nicht nur andere, sondern auch mehr und bessere Veranstaltungen und plädieren für einen deutlich höheren Kulturetat auch in solchen Jahren, in denen keine Kommunalwahl stattfindet.

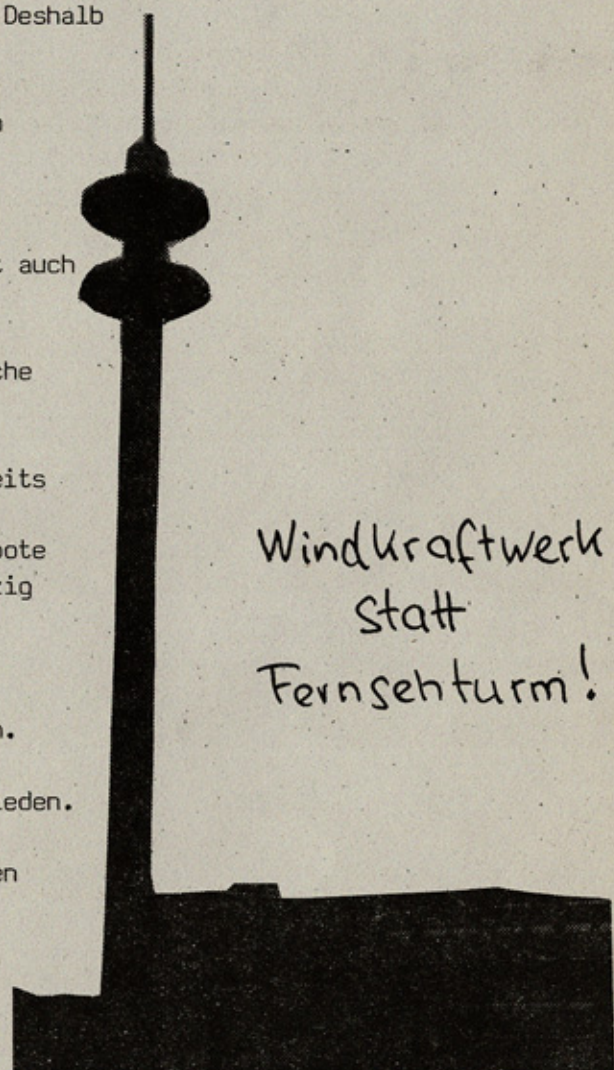
Die Musikschulgebühren wollen wir senken, was gerade für kinderreiche Familien Entlastung bringen wird.

Die Honorare der Volkshochschule sollen erhöht werden; denn einerseits sind diese Honorare für einige Dozenten wesentlicher Teil ihrer Existenzgrundlage und andererseits gehen manche interessante Angebote an Coesfeld einfach deshalb vorüber, weil die Honorare hier zu geizig berechnet sind.

Ein Bildungsgutschein soll Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern den Besuch von Kursen und Veranstaltungen ermöglichen.

Das Görtz-Kunstwerk für den Marktplatz befürworten wir ganz entschieden.

Das Heldendenkmal an der Letter Straße wollen wir umgestaltet wissen (sh. Abschnitt "Frieden").



Windkraftwerk
statt
Fernsehturm!

Die Stuhlfabrik und das Fachwerkhaus Bücking wollen wir als Denkmal erhalten.

Freizeit, Sport

Wir setzen uns dafür ein, daß die Möglichkeiten, Freizeit ohne Konsum und ohne Geldausgeben zu nutzen, erhalten und erweitert werden. Die Straße muß als Treffpunkt und Spiel-Raum wieder vom Auto zurückerobert werden, in der Innenstadt muß man sich auch ohne Konsumzwang bequem und mit dem Gefühl hinsetzen können, daß die Innenstadt genau dafür da ist. Und die Natur müssen wir als Erholungs- und Erlebnisraum auch erst wieder gegen Gifte, gegen Autogestank und Tieffluglärm erobern.

Wir wollen eben keine Spielautomaten und Vergnügungsparks, sondern eine vielfältige, interessante und anregende Umwelt.

Neben den organisierten Sportvereinen können bei uns auch das ungebundene Sporttreiben oder die Bewegungsarten, die nicht zum Leistungssport gerechnet werden wie z.B. Yoga, Boule, Tai Tsi oder Selbstverteidigungskurse für Frauen auf politische und finanzielle Unterstützung rechnen.

Eine Förderung umweltzerstörender Sportarten (z.B. jegliche Formen des Motorsports) wird es mit uns nicht geben.

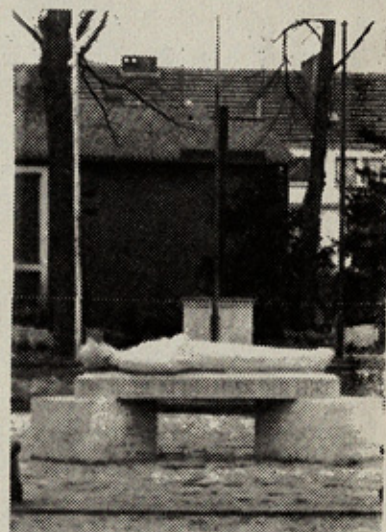
Der Erhalt und die Förderung wohnortnaher Sportstätten (eine Turnhalle in Goxel, das Schwimmbad in Lette) sind uns besonders wichtig. Bei neuen Sortanlagen vom Golfplatz bis zur Turnhalle sollen Umweltverträglichkeit und baubiologische Gesichtspunkte besonders beachtet werden

Wir sind gegen die Verkabelung. Das Fernsehprogramm ist schon blöd genug und die Technik würde besser woanders investiert.

Frieden

Einer Charakterisierung Coesfelds als Garnisonsstadt wollen wir entgegenwirken. Öffentliche Gelöbnisse oder Militärschauen lassen wir nicht zu. Stattdessen suchen wir den kritischen Dialog mit den hiesigen Militärs. Die Partnerschaft der Stadt mit dem Kriegsschiff S72 Falke wird aufgekündigt, sobald wir im Rat etwas zu sagen haben.

Den Verwaltungsapparat wollen wir nutzen, um in Coesfeld die Grundstrukturen einer Sozialen Verteidigung zu verankern. Zunächst wird die Aufgabe der Verwaltung darin bestehen, anstatt den Militärs den Friedensinitiativen zuzuarbeiten und deren Aktionen zu unterstützen. Dazu könnte gehören: Die Weigerung der Verwaltung, Wähleradressen an die DVU auszuhändigen, dauerhaft installierte Protestballons gegen Tiefflieger am Rathaus und an den Schulen, die bürokratische Behinderung von Manövern oder von Atomtransporten über Coesfelder Straßen, die Boykottierung einer Volkszählung durch die Stadtverwaltung, der Rückbau



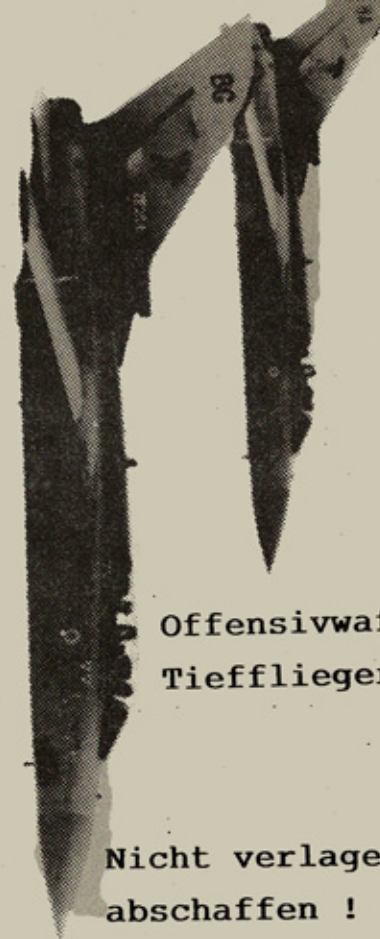
Heldendenkmal
um gestalten!

von Straßen, die ihre Breite nur der möglichen militärischen Nutzung verdanken, die Einrichtung von Zivildienststellen, die Ausklammerung solcher Betriebe aus der Wirtschaftsförderung, die Geschäfte mit dem sonst boykottierten Südafrika oder die Waffengeschäfte machen.

Wir wünschen einen Beitritt der Stadt Coesfeld zu dem von Hiroshima und Nagasaki initiierten Programm "Gemeinden für den Frieden" und würden begrüßen, wenn auch die Partnerstädte Coesfelds sich zu einem solchen Schritt bewegen ließen. Die Städtepartnerschaft mit De Bilt bedarf dringend einer solchen inhaltlichen Ausgestaltung.

Seit 5 Jahren machen wir uns für eine Umgestaltung des Heldendenkmals an der Letter Straße stark. Die Inschrift "Die Treue ist das Mark der Ehre", die Gestaltung und die zugrundeliegende Idee verherrlichen den Krieg. Wir wollen z.B. mit Hilfe eines Aktionskünstlers eine Diskussion über dieses Denkmal in die Bevölkerung tragen und streben letztlich eine Umgestaltung an, die der Opfer gedenkt und den Widerstand und die Deserteure ehrt.

Wir sind für die Abschaffung der offensiven Tiefflüge und befürworten weder eine Verlagerung in andere Landesteile noch ins Ausland.



Offensivwaffe
Tiefflieger:

Nicht verlagern,
abschaffen !



Schluss mit der Alleinherrschaft

Am 1. Oktober:

